

P r o t o k o l l

der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06. Juni 2011 im Beratungsraum des Amtes für Jugend, Soziales und Familien, Goethestraße 2a

Öffentlicher Teil

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Anwesenheit

Stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Steiger		
Frau Schönerstedt		
Herr Cymek		
Frau Hadlich		
Herr Fricke		
Frau Krille	ab 18:05 Uhr	
Herr Dr. Frisch		
Frau Müller		bis 18:50 Uhr
Herr Schmidt		
Herr Siperko		
Herr Spring		
Herr Weigel		
Herr Weller	ab 17.15 Uhr	

Mitglieder mit beratender Stimme:

Herr Scheer
Frau Püster
Herr Jacobs

Verwaltung

Frau Zenk
Herr Kasch
Frau Gömer

Gäste

Frau Meerkatz
Elternvertreter der Kinderbetreuungseinrichtung „Weg ins Leben“
Mitarbeiter der Caritas

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und Einwohnern
4. Informationen
 - Vorstellung des TSU-Projektes durch die Stadtcaritas
 - Informationsvorlage - Übergabe der kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen „S. Marschak“ und „F. Wolf“ in freie Trägerschaft (Anlage 1)
 - Rückübertragung der Zuständigkeit als örtlicher Träger der Jugendhilfe
5. Beschlusskontrolle
Kinderbeauftragte/r B270-14/11
6. Beratung der Beschlussvorlagen
 - 6.1. Prioritätenliste zur Umsetzung der Kita-Investitionsrichtlinie (Anlage 2)
 - 6.2. Überplanmäßige Ausgabe HHSt. 717000 „Zuschüsse Vereine und Verbände“ (Anlage 3)
 - 6.3. Übertragung von Grundstück und Gebäude der Kinderbetreuungseinrichtung „Weg ins Leben“ an das Studentenwerk AöR (Anlage 4)
 - 6.4. Erweiterung Kita „Lütt Matten“ (Anlage 5)
7. Mitteilungen der Verwaltung
 - Stand Umzug Jugendkunstschule
 - Stand Umsetzung Kreisgebietsreform
 - Stand Umsetzung Leistungen für Bildung und Teilhabe
8. Fragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

10. Bestätigung der Niederschrift der vorangegangenen Sitzung des Jugendhilfeausschusses
11. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Einladung ist ordnungsgemäß erfolgt. Es sind 12, später 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Beim TOP 4 wird der Sachverhalt „Rückübertragung der Zuständigkeit als örtlicher Träger der Jugendhilfe“ vorgezogen.
Der TOP 6.3. wird als erster Punkt bei den Beschlussvorlagen behandelt.

Die geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und Einwohnern

Von den Anwesenden werden keine Anfragen gestellt.

Zu TOP: 4. Informationen

- Rückübertragung der Zuständigkeit als örtlicher Träger der Jugendhilfe

Herr Wille erläutert, dass unter Berücksichtigung der Haushaltslage der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die Leistungen zu priorisieren sind, bei denen die Kommune Steuerungsmöglichkeiten besitzt. In der Jugendhilfe würde das den Bereich Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit bzw. Einrichtungen und Clubs betreffen. Für die Erfüllung dieser Leistungen müsste die Stadt ca. 400 T€ aufbringen.

Im Bereich der Hilfen zur Erziehung hätte die Stadt keine Steuerungsmöglichkeiten, weil ein individueller Rechtsanspruch besteht. Für diese Leistungen müssen gegenwärtig, nach Abzug der Einnahmen, 6,2 Mio € aufgebracht werden.

Herr Wille plädiert dafür, so zu handeln, dass die

Steuerungsmöglichkeiten der Stadt erhalten bleiben.
In der anschließenden Diskussion wird folgender Antrag für die Bürgerschaft erarbeitet:

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nach dem Verlust der Kreisfreiheit einen zeitweiligen Ausschuss für Jugend in der bisherigen Zusammensetzung einzurichten, um die Fachkompetenz der Ausschussmitglieder in den Überleitungsprozess der Kreisgebietsreform mit einzubringen zu können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig; 13 Ja

- Vorstellung des TSU-Projektes durch die Stadtcaritas
Die Vertreterinnen der Caritas stellen Ergebnisse des Projektes „Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung Scheidung Umgang, Sorgerecht“ vor. Das Beratungsangebot wurde im Jahr 2010 vom öffentlichen Träger der Jugendhilfe an die Caritas verlagert. Neben der mündlichen Darstellung der Arbeit des Trägers werden weitere Informationen in Schriftform ausgereicht.

- Informationsvorlage - Übergabe der kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen „S. Marschak“ und „F. Wolf“ in freie Trägerschaft

Gegenwärtig werden in der Verwaltung die Überleitungsverträge und die Informationsschreiben für die Mitarbeiter entworfen. Bevor diese vorbereitenden Arbeiten nicht erledigt sind, kann keine Beschlussvorlage für die Übergabe der Einrichtungen in freie Trägerschaft erstellt werden.

Herr Scheer erläutert, dass die Mitarbeiterinnen bereits im Dezember 2010 auf einer großen Personalversammlung über das Vorhaben der Verwaltung, drei Einrichtungen in freie Trägerschaft zu übergeben, informiert worden sind.

Herr Schmidt regt an, den Begriff „Besitzstandswahrung“ in die Verträge mit aufzunehmen.

- Informationsveranstaltung mit freien Trägern JA/JSA
Herr Spring berichtet über eine Informationsveranstaltung der Verwaltung mit den freien Trägern der Jugendhilfe des Bereichs Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Zielstellung war, die Träger darüber in Kenntnis zu setzen, dass die bestehenden Leistungsvereinbarungen (Ende der Laufzeit: Dezember 2012) nicht so ohne weiteres vom zukünftigen Kreis, dem dann zuständigen örtlichem Träger, übernommen werden können. Es besteht kein rechtlicher Bezug zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, die die Kreisfreiheit aufgeben muss, und dem neu gebildeten Kreis. – Die Verwaltung ist bemüht, die laufenden Verträge mit den freien Trägern der Jugendhilfe der Universitäts- und Hansestadt Greifswald an den neuen Rechtsträger der örtlichen Jugendhilfe überzuleiten. Dazu ist die

Zustimmung des jeweiligen freien Trägers erforderlich.
Bis zum Ende des Jahres 2011 ist die Finanzierung der Arbeit der Träger gewährleistet.

*Zu TOP: 5. Beschlusskontrolle
Kinderbeauftragte/r B270-14/11*

O.g. Beschluss ist umgesetzt.
Der neu gewählte Kinderbeauftragte, Herr Bengt Jacobs, stellt sich dem Ausschuss vor und skizziert kurz seine Vorstellungen von der inhaltlichen Ausgestaltung seines Ehrenamtes.

Zu TOP: 6. Beratung der Beschlussvorlagen

*6.3. Übertragung von Grundstück und Gebäude der
Kinderbetreuungseinrichtung „Weg ins Leben“ an das Studentenwerk
AöR*

Die Verwaltung bringt die Vorlage ein. Die Übertragung von Grundstück und Gebäude ist von den beiden anderen Vorgängen getrennt worden, da kein Personalübergang vorgesehen ist.

Für die Grundstücksübertragung ist noch einmal ein gesonderter Vertrag erforderlich.

Während der Bauzeit sollen die Kinder der Einrichtung „Weg ins Leben“ im Gebäude „Knirpsenland“ betreut werden. Anschließend besteht für die Eltern die Option, ihre Kinder in der Einrichtung vom Studentenwerk betreuen zu lassen, bzw. wird entsprechend des zu dem Zeitpunkt vorhandenen Betreuungsbedarfs nach einer anderen Lösung gesucht werden müssen.

Auf Antrag wird den Elternvertreten der Kita „Weg ins Leben“ Rederecht gewährt.

Frau Kummerow erläutert das Anliegen der Eltern, das Gebäude „Knirpsenland“ dauerhaft als integrative Kinderbetreuungseinrichtung bereit zu stellen (das Anschreiben der Elternvertreter wurde mit der Einladung versandt).

Durch die Verwaltung wird darauf verwiesen, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist, den Betreuungsbedarf im Jahr 2013/2014 konkret vorauszusagen und dass die Standortfragen im Rahmen der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung geklärt werden müssen.

Herr Weller stellt den Antrag, die Punkte 1 bis 6 sowie den einleitenden Satz aus der Begründung in den Beschlusstext zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: einstimmig (14 Ja)

Abstimmungsergebnis zur geänderten Vorlage: einstimmig (14 ja)

6.1. *Prioritätenliste zur Umsetzung der Kita-Investitionsrichtlinie*

Der Jugendhilfeausschuss sollte die Verwendung der Mittel aus der Kita-Investitionsrichtlinie für die Zukunft beschließen, um zu gewährleisten dass die für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald vorgesehen Landesmittel entsprechend der fachlichen und planerischen Entscheidungen des Gremiums auch zukünftig entsprechend eingesetzt werden.

Im Rahmen der Diskussion wird festgelegt, die voraussichtlich offenen Restmittel der Kita-Investitionsrichtlinie in Höhe von 657805,00 € wie folgt zu verwenden:

1. der Anteil für die Krippenplätze im Rahmen des Neubaus der Kita des Studentenwerks wird mit 100.000 € bezuschusst,
2. für den Ausbau der Krippenplätze in der Kinderbetreuungseinrichtung „St. Nikolai“ werden Mittel pro neu zu schaffendem Platz entsprechend der Beschlusslage von 2009 bereit gestellt¹,
3. der restliche Betrag wird im Jahr 2013 pro belegtem Krippenbetreuungsplatz aufgeteilt. Maßgeblicher Stichtag ist der 15.03.2013².

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen mit 11 Stimmen dafür, bei zwei Enthaltungen

6.2. *Überplanmäßige Ausgabe HHSt. 717000 „Zuschüsse Vereine und Verbände“*

Herr Siperko erklärt Befangenheit. Er nimmt an der Diskussion und Abstimmung zum TOP nicht teil

Herr Schmidt bringt die Vorlage ein.

Die Mittel sind notwendig, damit die freien Träger die benötigten Drittmittel in voller Höhe einwerben können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig; (12 Ja)

6.4. *Erweiterung Kita „Lütt Matten“*

Herr Weller bringt die Vorlage ein. Aus Sicht der CDU-Fraktion ergibt sich ein erhöhter Betreuungsbedarf in der Innenstadt, da viele Eltern ihre Kinder in der Nähe der Arbeitsstelle betreut haben wollen.

¹ Mit Jugendhilfeausschuss-Beschluss 02-04/09 wurde festgelegt, neu zu schaffende Plätze mit 6.240 €/Platz zu fördern, bei Neubau den Faktor 1,5 anzuwenden → 9.360 €/Platz

² Bei 629 prognostizierten Kindern würde das 797,53 €/Krippenkind entsprechen

Die Analyse der Verwaltung weist aus, dass unter Stadtteilbezug in der Innenstadt mehr Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, als Bedarf festgestellt worden ist. Dem gegenüber wird eine gewisse Unterversorgung im Krippen- und Kindergartenbereich in den Stadtteilen Fleischervorstadt (KK, KG), Südl. Mühlenvorstadt/Obstbausiedlung (KK, KG) sowie Fettenvorstadt/Stadtrandsiedlung (KG) im Rahmen der Jugendhilfeplanung diagnostiziert.

Mit der Schaffung von zusätzlichen Plätzen im Sozialraum Altstadt in den Jahren 2012/2013 (KK +24, KG +68) wird dieser Bedarfsunterdeckung entgegengewirkt.
(s. Anlagen)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja, 4 Nein, 6 Enthaltungen)

Zu TOP: 7. Mitteilungen der Verwaltung

- Stand Umzug Jugendkunstschule

Am 09.06.2011 ist die Schlüsselübergabe an die Jugendkunstschule. Die Unterbringung des GCC erfolgt in Räumen des Gymnasiums A. v. Humboldt

- Stand Umsetzung Kreisgebietsreform

Herr Scheer erläutert den gegenwärtigen Stand der Umsetzung. Vorrangiges Ziel ist es nun, die Strukturen im zukünftigen Kreis zu entwickeln und den Kinderschutz abzusichern.

- Stand Umsetzung Leistungen für Bildung und Teilhabe

Herr Scheer erläutert anhand einer Übersicht, wie die Verwaltung die Umsetzung der Leistungen BuT vornehmen wird (s. Anlage).

Es gibt in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ca. 1.800 Berechtigte.

Für den Bereich Kinderbetreuungseinrichtungen liegen 1.300 Essengeldanträge vor.

Bei den übrigen Leistungen (Klassenfahrten, Schülerbeförderung, Mittagessen, Teilhabe, Lernförderung) liegen Anträge von 150 Antragstellern vor.

Da es Schwierigkeiten bei der Auszahlung der bewilligten Gelder gibt, wird die Verwaltung gebeten, für die Schulen entsprechende Konten innerhalb der Verwaltung einzurichten.

Zu TOP: 8. Fragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Durch die Mitglieder werden keine Fragen gestellt.

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Spring bedankt sich für die aktive Mitarbeit der

Ausschussmitglieder.

Zu TOP 10. Bestätigung der Niederschrift der vorangegangenen Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Im TOP 6 – Bericht zum Stand Umzug Jugendkunstschule – geht es um die Unterbringung des Greifswalder Computerclubs (GCC) im Gymnasium A. v. Humboldt. Der Satz ist dementsprechend zu ändern.

Herr Spring lässt über das geänderte Protokoll abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen bei 1 Enthaltung

Zu TOP: 11. Schluss der Sitzung

Ludwig Spring
Ausschussvorsitzender

D. Neumann
für das Protokoll